

Vorlage Stadtparlament

Datum 20. Mai 2025
Beschluss Nr. 465
Aktenplan 152.15 Stadtparlament: Parlamentarische Vorstösse

Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate 2025

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die nachstehenden parlamentarischen Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:

- 1 Mehrwertabgabe bei Um- und Aufzonungen: Für mehr Lebensqualität und Grünräume in einer dichter gebauten Stadt

Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:

- | | | |
|------|--|-------------------------------------|
| • 3 | St.Gallen ins richtige Licht stellen: Ein umweltfreundliches Beleuchtungskonzept für die Stadt St.Gallen | um ein Jahr
(8. November 2026) |
| • 4 | Grüngut für alle: Eine flächendeckende Einführung in St.Gallen | um ein Jahr
(28. Februar 2026) |
| • 5 | Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz | um ein Jahr
(5. Juli 2027) |
| • 7 | Eine echte grüne Insel beim Schibenertor | um ein Jahr
(5. Juli 2027) |
| • 10 | Kooperationsoffensive, Kundenfokus ÖV | um sechs Monate
(4. Januar 2027) |
| • 11 | Potential Outsourcing – Wie viel muss die städtische Verwaltung selbst erledigen? | um ein Jahr
(21. September 2026) |
| • 13 | Analyse der staatlichen Aufgaben und Dienstleistungen | um ein Jahr
(8. November 2026) |
| • 16 | Berücksichtigung von soziokulturellen Anliegen in der Liegenschaftsstrategie: Schaffung eines Fonds zur Subventionierung von Liegenschaften und Räumen | um ein Jahr
(22. August 2026) |
| • 19 | Wohin der Drähte – VBSG-Strategie | um ein Jahr
(16. Januar 2027) |

Das Geschäftsreglement des Stadtparlaments (SRS 151.1) definiert in seinen Artikeln 65 und 66, für welche Anliegen eine Motion und für welche Anliegen ein Postulat zulässig ist.

Mit einer **Motion** kann beantragt werden, dass der Stadtrat den Entwurf

- für eine Revision der Gemeindeordnung,
- für ein rechtsetzendes Reglement
- oder einen anderen in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fallenden Beschluss vorlege.

Der Inhalt einer Motion muss also einen Sachverhalt betreffen, für dessen Regelung das Stadtparlament zuständig ist. Für alle anderen Sachverhalte wäre eine Motion unzulässig.

Mit einem **Postulat** kann beantragt werden, dass der Stadtrat prüfe und Bericht erstatte, ob ein Entwurf

- für eine Revision der Gemeindeordnung
- oder den Erlass eines Reglements vorzulegen
- oder ob eine Massnahme zu treffen sei.

Im Unterschied zu einer Motion wird der Stadtrat also mit einem Postulat lediglich dazu verpflichtet, «zu prüfen, ob» etwas getan werden solle, und darüber Bericht zu erstatten; selbstverständlich kann er (freiwillig) im Postulatsbericht dann auch gleich einen konkreten Antrag stellen, wenn er während seiner Prüfung des Sachverhalts zum Schluss kommt, dass dies sinnvoll wäre. Ein weiterer Unterschied zu einer Motion besteht darin, dass es bei einem Postulat nicht um ein «rechtsetzendes» Reglement gehen muss (für deren Erlass das Stadtparlament zuständig ist), sondern einfach um ein «Reglement» gehen kann; es ist also denkbar, mit einem Postulat anzuregen, dass der Stadtrat prüft, ob er in seiner eigenen Kompetenz ein Reglement erlassen solle; der Postulatsbericht wird dann darüber Auskunft geben, aber nichts an der Kompetenzordnung ändern, dass der Stadtrat ein solches Reglement selber beschliessen würde und nicht dem Stadtparlament als Antrag unterbreiten müsste. Auch die dritte Möglichkeit für ein Postulat, «prüfen und Bericht erstatten, ob eine Massnahme zu treffen sei», ist ein Unterschied zu einer Motion: es ist nicht gefordert, dass es um einen Beschluss gehe, der in die Zuständigkeit des Stadtparlaments fällt; der Postulatsbericht kann also auch darüber Auskunft geben, ob der Stadtrat selber oder eine einzelne Direktion eine Massnahme in eigener Kompetenz treffen werde.

Sowohl für eine Motion als auch für ein Postulat gilt ein zweistufiges Verfahren:

- in einem ersten Schritt hat der Stadtrat dazu Stellung zu nehmen, ob die eingereichte Motion bzw. das eingereichte Postulat «erheblich erklärt», d.h. weiterbearbeitet werden soll; der Stadtrat muss diese Stellungnahme spätestens für die dritte Stadtparlamentssitzung abgeben, welche jener Sitzung folgt, an welcher die Motion bzw. das Postulat eingereicht wird (Artikel 68 Geschäftsreglement Stadtparlament); die fachliche zuständige Kommission des Stadtparlaments wird diesen Antrag des Stadtrats zu Händen Parlamentsplenum vorberaten;
- nach erfolgter Erheblicherklärung soll der Stadtrat den erteilten Auftrag «zügig ausführen» (Artikel 71).

Falls eine erheblich erklärte Motion bzw. ein erheblich erklärtes Postulat mehr als zwei Jahre nach dem Datum der Erheblicherklärung noch anhängig ist, d.h. dem Stadtparlament noch nicht zugestellt werden kann, und somit auch nicht nach der parlamentarischen Diskussion des entsprechenden Motions- bzw. Postulatsberichts «abgeschrieben» (d.h. als erledigt erklärt) werden kann ist, hat der Stadtrat die Verzögerung zu begründen und Antrag für das weitere Vorgehen, i.d.R. für eine Fristerstreckung, zu stellen (Artikel 73b Absatz 2).

Solche Fristerstreckungen sind vor Ablauf der geltenden Frist zu beantragen und zum Beschluss durch das Stadtparlament vorzulegen; dies geschieht im Rahmen der jährlichen Berichterstattung des Stadtrats über die anhängigen Motionen und Postulate (Artikel 73b Absatz 1). Diese Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate wird jeweils für die Sitzung des Stadtparlaments vor den Sommerferien traktandiert, an welcher auch der Geschäftsbericht und die Rechnung des abgelaufenen Jahres behandelt werden.

In den folgenden Kapiteln A und B der Stand der Arbeiten bei jeder einzelnen erheblich erklärten Motion bzw. bei jedem einzelnen erheblich erklärten Postulat erläutert und, falls nötig, ein Antrag gestellt.

A Motionen

1 Mehrwertabgabe bei Um- und Aufzonungen: Für mehr Lebensqualität und Grünräume in einer dichter gebauten Stadt

erheblich erklärt am 2. November 2021; Fälligkeit 2. November 2025

Der Stadtrat wird deshalb gebeten, die gesetzlichen Grundlagen zum vertraglichen Mehrwertausgleich für Um- und Aufzonungen zu erarbeiten, um diesen spätestens mit der Revision der Bauordnung einzuführen.

Stellungnahme:

Mit der anstehenden städtischen Ortsplanungsrevision werden zahlreiche Grundstücke eine neue Zuweisung innerhalb der Rahmennutzungsplanung (Zonenplan und Baureglement) erhalten. Damit bei diesen Grundstücken mit geänderter Zonenzuweisung (Um- oder Aufzonung) ein Mehrwertausgleich erhoben werden kann, ist die Stadt darauf angewiesen, diesen mittels Verfügung einseitig und hoheitlich anordnen zu können. Der Mehrwertausgleich gestützt auf verwaltungsrechtliche Verträge nach Art. 65 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes, wie er in der Motion mehrfach erwähnt wird, ist für das Verfahren einer Ortsplanungsrevision kein zielführendes Instrument. Für das Zustandekommen eines verwaltungsrechtlichen Vertrags ist die Stadt St.Gallen – neben dem Vorliegen weiterer Voraussetzungen – zwingend auf die Zustimmung der Grundeigentümerschaft angewiesen. Aufgrund der grossen Anzahl an Um- und Aufzonungen mit der Ortsplanungsrevision wäre für die Vertragsverhandlungen von einem sehr grossen Bearbeitungsaufwand bei gleichzeitig ungewissen Erfolgsaussichten auf Vertragsabschlüsse auszugehen. Um die von der Stadt St.Gallen anvisierte städtische Entwicklung nicht zu gefährden, müssten die Um- oder Aufzonungen aber insbesondere bei grösseren Gebieten mit verschiedenen Grundeigentümerschaften auch bei Nichtzustandekommen von einzelnen Vertragsabschlüssen vorgenommen werden. Aus Sicht der Rechtsgleichheit wäre dies aber wiederum problematisch, da nur ein Teil der Grundeigentümerschaften die Mehrwertabgabe bezahlen würde, wiederum aber alle in den Genuss der Folgen der Um- oder Aufzonung kommen würden. Diese Konstellation zeigt, dass sich die vertragliche Mehrwertabgabe vor allem für Einzelprojekte mit bauwilligen Grundeigentümerschaften als Gegenpartei eignet, nicht aber für eine Ortsplanungsrevision mit zahlreichen betroffenen Grundeigentümerschaften.

Aus diesem Grund hat die Direktion Planung und Bau nach Erheblicherklärung der Motion mit der Erarbeitung eines Reglements für eine Mehrwertabgabe mittels Verfügung

begonnen. Dabei wurde festgestellt, dass die Verfügung einer Mehrwertabgabe durch einen Eintrag im Grundbuch als gesetzliches Grundpfandrecht gesichert werden müsste, da zwischen der Rechtskraft der Planungsmassnahme (konkret Zonenplanänderung) und der effektiven Erhebung der Mehrwertabgabe in der Regel viele Jahre vergehen. Eine vorgezogene Erhebung der Mehrwertabgabe ist rechtlich nicht durchsetzbar. Im kantonalen Planungs- und Baugesetz besteht in Artikel 61 Absatz 3 aber nur für den Kanton selbst eine gesetzliche Grundlage, um für die Mehrwertabgabe bei Einzonungen ein gesetzliches Pfandrecht im Grundbuch eintragen zu können. Zur Umsetzung einer Mehrwertabgabe wäre die Stadt somit darauf angewiesen, dass der Kantonsrat auch für Gemeinden eine gesetzliche Grundlage schafft.

Die Regierung stellte in ihrer schriftlichen Antwort vom 27. September 2022 auf eine kantonale Interpellation mit dem Titel «Umsetzung des Mehrwertausgleichs bei Um- und Aufzonungen gemäss aktuellem Bundesgerichtsurteil» klar, dass sie keinen Anlass zu gesetzgeberischer Tätigkeit sieht, solange auf Ebene Bund nicht Klarheit darüber herrscht, ob der Mehrwertausgleich auch bei Um- und Aufzonungen zwingend ist. Diese Frage ist mit Abschluss der 2. Teilrevision des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Änderung vom 29. September 2023) mittlerweile geklärt. Für die Kantone besteht keine Pflicht, über den Tatbestand der Einzonung hinaus Mehrwerte abschöpfen zu müssen. Mit einer weiteren Interpellation mit dem Titel «Gemeinden Mehrwertausgleich bei Um- und Aufzonungen ermöglichen» wurde im September 2024 ein weiterer Anlauf zur Schaffung einer gesetzlichen Mehrwertabgabe bei Um- und Aufzonungen für Gemeinden genommen. In ihrer abschlägigen Antwort vom 17. Dezember 2024 zur Interpellation verwies die Regierung darauf, dass es im Kanton St.Gallen (bei Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben zum Mehrwertausgleich) politisch nicht gewollt gewesen sei, die (gesetzliche) Mehrwertabgabe auf Um- oder Aufzonungen auszudehnen. Ausserdem sei eine namhafte Anzahl kommunaler Rahmennutzungspläne bereits genehmigt bzw. befinde sich im Genehmigungsverfahren (10), sei bereits vorgeprüft (32) oder stünde im Vorprüfungsverfahren (12). Eine Änderung der gesetzlichen Spielregeln während dieser laufenden Verfahren sei nicht erwünscht und würde zu einer Ungleichbehandlung führen.

Mit dieser eindeutigen Antwort der Regierung steht fest, dass die Möglichkeit für die Erhebung einer Mehrwertabgabe für Um- und Aufzonungen mittels Verfügung im Rahmen der Ortsplanungsrevision entfällt. Die Regierung ist nicht bereit, das Planungs- und Baugesetz in den nächsten Jahren und somit noch vor der städtischen Ortsplanungsrevision entsprechend anzupassen. Ohne diese Möglichkeit eines gesetzlichen Pfandrechts im Grundbuch würde der Erlass eines Reglements für eine Mehrwertabgabe mittels Verfügung aber toter Buchstabe bleiben. Darüber hinaus ist fraglich, ob der Erlass eines solchen Reglements nach dieser klaren Antwort der Regierung überhaupt noch rechtlich zulässig wäre.

Nicht zielführend ist auch die Schaffung eines eigenen Reglements bzw. von Bestimmungen in der Bauordnung für vertragliche Mehrwertabgaben. Wie erwähnt, wäre die Stadt in jedem Einzelfall auf die Zustimmung der jeweiligen Grundeigentümerschaft angewiesen, was das Instrument für die Ortsplanungsrevision unbrauchbar macht. Zudem benötigen solche Vertragsverhandlungen immer auch einen gewissen Gestaltungsspielraum, weshalb es aus Sicht des Stadtrats ohnehin nicht zweckmässig ist, den vertraglichen Mehrwertausgleich zu reglementieren.

Antrag:

Es wird beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

2 1 % gegen globale Armut – für die internationale Entwicklungszusammenarbeit

erheblich erklärt am 24. Mai 2022; Fälligkeit 24. Mai 2024

Die Vorlage wurde gemäss Auftrag der GPK an den Stadtrat zurückgewiesen.

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Stadtparlament den Entwurf eines Reglements auszuarbeiten, mit welchem ein Entwicklungshilfe-Fonds geschaffen wird. Folgende Rahmenbedingungen sind dabei zu berücksichtigen:

- Der Entwicklungshilfe-Fonds wird **jährlich** mit einem fixen Betrag von **CHF 500'000** geöffnet. Der Fondsbestand darf die Summe von CHF 5.0 Mio. nicht überschreiten.
- Die Mittel des Entwicklungshilfe-Fonds verwendet die Stadt für Auslandhilfen im Rahmen der Städtepartnerschaft und der Soforthilfe sowie für die internationale Entwicklungszusammenarbeit.
- Sie kann mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten.
- Das Reglement regelt die Modalitäten.

Stellungnahme:

Der überarbeitete Motionsbericht wird dem Stadtparlament zeitnah vorgelegt.

3 St.Gallen ins richtige Licht stellen: Ein umweltfreundliches Beleuchtungskonzept für die Stadt St.Gallen

erheblich erklärt am 8. November 2022; Fälligkeit 8. November 2025

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Stadtparlament den Entwurf für einen Nachtrag zum Immissionsschutzreglement zum künstlichen Licht im öffentlichen Raum der Stadt vorzulegen. Ökologische, ästhetische, sicherheitsrelevante und ökonomische Aspekte sind zu berücksichtigen. Das Beleuchtungskonzept orientiert sich am Grundsatz: «So viel Licht wie nötig, so wenig wie möglich».

Stellungnahme:

Die Arbeiten für die Beantwortung der Motion sind eng mit dem bestehenden Lichtkonzept und den zum Zeitpunkt der Erheblicherklärung der Motion in Bearbeitung stehenden Richtlinien verknüpft. Im Laufe der Bearbeitung wurde erkannt, dass das bestehende Lichtkonzept aus dem Jahr 2009 aktualisiert und ergänzt werden muss. Insbesondere waren die beiden zusätzlichen Arbeitsfelder Ökologie und öffentliche Beleuchtung aufzunehmen.

Die Überarbeitung des Lichtkonzepts erwies sich als komplex, da unterschiedlichste Interessen, Fachmeinungen sowie rechtliche Grundlagen berücksichtigt werden mussten. Durch die Ergänzung mit den Themen öffentliche Allgemeinbeleuchtung sowie Schutz der Natur vor unnötigen und übermässigen Lichtimmissionen stieg die Anzahl der relevanten Akteurinnen und Akteure und deshalb auch der Aufwand und Zeitbedarf für die Koordination derselben. Die Arbeiten zum Lichtkonzept und den darauf basierenden Richtlinien, sowie dem rechtlichen Normkonzept wurden parallel durchgeführt. Die Koordination der Arbeiten zu diesen

Projektteilen und die Abklärungen der in der Motion verlangten rechtlichen Verankerung beanspruchten Zeit.

Da auch private Akteurinnen und Akteure betroffen sein werden, wurde entschieden, dass ein öffentliches Mitwirkungsverfahren zum Lichtkonzept und zu den damit verbundenen Erlassen durchgeführt wird. Unter Wahrung der dazu nötigen Fristen, und unter Berücksichtigung der Schulferien, während denen keine Vernehmlassungen durchgeführt werden können, muss mit einer längeren Bearbeitungszeit gerechnet werden.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein weiteres Jahr zu verlängern.

4 Grüngut für alle: Eine flächendeckende Einführung in St.Gallen

erheblich erklärt am 28. Februar 2023; Fälligkeit 28. Februar 2025

Der Stadtrat wird eingeladen, eine Änderung des Abfallreglements (SRS 541.1) vorzulegen, mit den Eigentümerinnen und Eigentümern von Liegenschaften (Privatpersonen sowie Unternehmen) auf dem gesamten Gebiet der Stadt St.Gallen verpflichtet werden, auf ihren Grundstücken Standorte für das Platzieren von Grüngut-Containern zur Verfügung zu stellen und den Grüngut-Dienst der Stadt zu beziehen. Der Stadtrat kann zweckmässige Ausnahmen vorsehen, insbesondere, wenn eine geeignete Kompostiermöglichkeit besteht oder wenn kein geeigneter Standort für den Grüngut-Container mit verhältnismässigem Aufwand zur Verfügung gestellt werden kann. Wir bitten den Stadtrat zudem, die weiteren Regelungen herauszuarbeiten, die für die Sicherstellung einer möglichst flächendeckenden Grüngut-Sammlung für alle, die sie nutzen wollen, notwendig sind.

Stellungnahme:

Reglementsentwurf und Kreditantrag für eine obligatorische flächendeckende Grüngut-sammlung wurden durch den Stadtrat zuhanden der kantonalen Vorprüfung beschlossen. Das Reglement befindet sich seit dem 26. März 2025 bei der kantonalen Fachstelle in Prüfung. Sobald die Prüfung abgeschlossen ist, wird dem Stadtparlament Antrag gestellt.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung der Motion um ein Jahr zu verlängern.

B Postulate

5 Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz

erheblich erklärt am 23. September 2008; Behandlung Postulatsbericht am 3. Dezember 2019; Postulat nicht als erledigt abgeschrieben; Fälligkeit 5. Juli 2026

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie sich der Platz um den Broderbrunnen attraktiver gestalten lässt. Besonderes Augenmerk soll dabei auf mehr Grünfläche und eine sickerfähige Bodenbeschaffenheit gelegt werden.

Stellungnahme:

Nach Vergabe der begleitenden Planungsleistungen konnte Anfang 2024 mit den Arbeiten für das Vorprojekt begonnen werden: Im April 2024 wurde mit Grundeigentümerschaften, Verbänden und Vertretenden der Politik eine erfolgreiche Informations- und Dialogveranstaltung durchgeführt, die Hinweise für die weitere Planung gab. Auch konnte im Herbst 2024 das «City Management Board» über den Stand der Planungen informiert werden. Auf dieser Grundlage wurde das Vorprojekt fertiggestellt. Die öffentliche Mitwirkung soll im zweiten Quartal 2025 stattfinden. Die Vorlage für das Gesamtprojekt (St.Leonhard-Strasse, Broderbrunnen, Multertor, Oberer Graben, Schibenertor) soll im dritten Quartal 2026 vorliegen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

6 Energetische Sanierungsstrategie für städtische Liegenschaften

erheblich erklärt am 19. Mai 2015; Fälligkeit 5. Juli 2025

Der Stadtrat sei daher ersucht, Bericht zu erstatten über eine systematische, nicht nur ökologisch, sondern auch zu verantwortende energetische Sanierung der städtischen Liegenschaften (evtl. im Rahmen einer definierten «energetischen Sanierungsstrategie» laut Energiekonzept³ 2050 und evtl. mittels eines entsprechenden Rahmenkredits) und gegebenenfalls Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

Das Postulat soll innert Frist beantwortet werden.

7 Eine echte grüne Insel beim Schibenertor

erheblich erklärt am 26. Juni 2018; Fälligkeit 5. Juli 2026

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, Bericht zu erstatten und eventuell Antrag zu stellen, wie:

- a) er gedenkt, dem Grabenstatut gerecht zu werden im Gebiet der Platanengruppe am Schibenertor?
- b) er den Wert der Platanengruppe in ökologischer, schützenswerter Art gemäss Ortsbild und mikroklimatischer Wichtigkeit beurteilt?
- c) er die Sicherheit des Zugangs zu den Parkplätzen und der Verkehrssicherheit allgemein für den rollenden Verkehr, durch die rückwärts hinausparkierenden Autos beurteilt?
- d) er sich vorstellen kann, diese Plataneninsel zu einer wirklich grünen Insel aufzuwerten und damit einen Kontrapunkt zu setzen in städtebaulicher Gestaltungsqualität an dieser Schlüsselstelle?

Stellungnahme:

Die Vorlage für das Gesamtprojekt (St.Leonhard-Strasse, Broderbrunnen, Multertor, Oberer Graben, Schibenertor) soll im dritten Quartal 2026 vorliegen (s. Postulat «Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz»).

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

8 Schutz unserer Polizeibeamter – Prüfung des Einsatzes von «Bodycams»

erheblich erklärt am 26. Februar 2019; Fälligkeit 26. Februar 2026

Der Stadtrat wird daher eingeladen, im Rahmen einer umfassenden Berichterstattung folgende Fragen zu beantworten:

1. Kann sich der Stadtrat vorstellen, für das Korps der Stadtpolizei St. Gallen solche Bodycams anzuschaffen? Wie beurteilt er die Notwendigkeit in der heutigen Zeit?
2. Wo sieht der Stadtrat die Gefahren des Einsatzes von Bodycams (Datenschutz, Wahrung der Privatsphäre etc.)? Wie kann diesen Gefahren angemessen begegnet werden?
3. Welche anderen Polizeikorps in der Schweiz und allenfalls im Ausland setzen schon heute auf die Technologie von Bodycams?
4. Welche Modelle für den Betrieb von Bodycams kämen in Frage (Dauerbetrieb; Einsatz nur bei Gefahrenpotential; Einsatz durch Einschalten durch Beamter oder Einsatzleiter etc.)?
5. Welche gesetzlichen Grundlagen wären für den Einsatz von Bodycams zu schaffen?
6. Welche Kosten sind mit der Anschaffung und dem Betrieb von Bodycams verbunden?

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.

9 St.Gallen für alle – Einführung einer städtischen Identitätskarte («City Card») für alle Stadtbewohner*innen

erheblich erklärt am 22. September 2020; Fälligkeit 22. September 2025

Wir bitten den Stadtrat in Anlehnung an die Resultate von Zürich die rechtlichen Abklärungen zu treffen und Bericht darüber zu erstatten, wie und in welcher Form die Einführung eines städtischen Identitätsausweises («St.Galler City Card») realisiert werden kann.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.

10 Kooperationsoffensive, Kundenfokus ÖV

erheblich erklärt am 4. Mai 2021; Fälligkeit 4. Juli 2026

Deshalb wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament einen Bericht zur Kooperationsoffensive zu unterbreiten und gegebenenfalls Anträge zu stellen.

Stellungnahme:

Die Abklärungen zur Betriebsoptimierung durch zusätzliche Zusammenarbeit zwischen den Transportunternehmungen sowie durch Fahrplanoptimierung (u. a. Thema Hub) wurden vorgenommen. Als Grundlage zur Beantwortung des Postulats dient zudem das ÖV-Konzept 2050, das aufbauend auf das Mobilitätskonzept 2050 erarbeitet wird. Letzteres soll im ersten Quartal 2026 verabschiedet werden. Das vorliegende Postulat wird inhaltlich und zeitlich abgestimmt mit dem Postulat «Wohin der Drähte - VBSG-Strategie» beantwortet. Beide Postulate werden dem Stadtparlament Anfang 2027 zur Behandlung vorgelegt.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um sechs Monate zu verlängern.

11 Potential Outsourcing – wie viel muss die städtische Verwaltung selbst erledigen?
erheblich erklärt am 21. September 2021; Fälligkeit 21. September 2025

Der Stadtrat wird eingeladen Bericht darüber zu erstatten, welche Arbeiten der Verwaltung bereits heute schon ausgelagert werden z.B. Studien etc. und welchen Einfluss dies auf die städtischen Ressourcen hat. Ebenfalls soll der Stadtrat Bericht darüber erstatten, welche Arbeiten der Verwaltung künftig auch durch private Unternehmungen ausgeführt werden könnten und mit welchen Auswirkungen auf die städtischen Finanzen (insbesondere Personalkosten) zu rechnen ist. Der Stadtrat soll aufzeigen, wie kosteneffizient und nachhaltig wieder Personal abgebaut werden kann.

Stellungnahme:

Das Projekt zur Erhebung des Outsourcing-Potenzials ist aktuell im Gange. Ausgangspunkt für diese Erhebung ist eine Portfolio-Analyse aller Leistungsgruppen der Stadtverwaltung nach den Kriterien (Un-)Verzichtbarkeit und (Nicht-)Substituierbarkeit. Gemäss Projektplan wird diese Analyse erst vor den Sommerferien abgeschlossen sein können. Basierend auf diesen Ergebnissen wird der Postulatsbericht erstellt.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

12 Steuerung Personalaufwand
erheblich erklärt am 23. August 2022; Fälligkeit 23. August 2025

Der Stadtrat wird eingeladen,

- darzulegen, ob die parlamentarische Steuerung über ein solches Globalbudget (Finanzaufwand für Personal) oder über die Anzahl Stellen vorgenommen werden soll und was die Vor- und Nachteile der beiden Ansätze sind;
- darzulegen, welche Massnahmen bei einem solchen Paradigmenwechsel zu ergreifen wären, dass nicht besetzte Stellen innerhalb der Verwaltung direktionsübergreifend dort alloziert werden, wo der Bedarf am grössten ist, und wie der Wegfall von Aufgaben in der Verwaltung überprüft und in die Allokationsplanung einbezogen werden kann;

- wie bei einem allfälligen Wechsel zu einem Globalbudget sichergestellt werden kann, dass der Stadtrat nicht Mutationsgewinne auf Kosten von älteren Mitarbeitenden zu erzielen versucht;
- wie bei einem solchen Paradigmenwechsel sichergestellt werden kann, dass der Stadtrat das Globalbudget nicht mit der Arbeitsvergabe an externe Stellen unterläuft;
- wie bei einem solchen Paradigmenwechsel neue, je nach Kompetenz vom Stadtrat oder vom Parlament bewilligte Verwaltungsaufgaben berücksichtigt werden können, die unterjährig dazukommen;
- dem Parlament Bericht zu erstatten, welche reglementarischen Änderungen nötig sind, um einen solchen Paradigmenwechsel von den Einzelkonti zu einem Globalbudget für den Personalaufwand zu vollziehen;
- das bisherige System der Budgetierung des Personalaufwandes zu analysieren und Möglichkeiten aufzuzeigen, wie dieses System inhaltlich und strukturell (verbindliche Regeln) verbessert werden kann. Damit soll den Anliegen des Parlaments einerseits nach mehr Transparenz und rascherer Information bei Stellenschaffungen Rechnung (z.B. separate Vorlagen bei Schaffung mehrerer Stellen) getragen werden. Andererseits soll darin aufgezeigt werden, wie die bestehenden Personalressourcen innerhalb der Direktionen (Dienststellen übergreifend) aktiver und effektiver bewirtschaftet werden können, um den steigenden Personalbedarf entgegenzuwirken.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.

13

Analyse der staatlichen Aufgaben und Dienstleistungen

erheblich erklärt am 8. November 2022; Fälligkeit 8. November 2025

Der Stadtrat wird eingeladen,

- *sämtliche Aufgabenbereiche der Dienststellen pro Direktion* tabellarisch aufzuführen;
- dabei unter allfälligem Verweis auf die gesetzlichen Grundlagen zu unterscheiden, ob die *Aufgabenerfüllung gesetzlich zwingend* ist oder nicht;
- im Falle eines gesetzlichen Auftrags: *Analyse des Aufgabenbereichs* dahingehend, dass unter Verweis auf die gesetzlichen Grundlagen dargelegt wird, welcher Umfang ins Kerngebiet des öffentlichen Auftrags fällt (must-have Servicelevel) und welcher Anteil *des Aufgabenbereichs* in welcher Form darüber hinaus erfüllt wird (nice-to-have Servicelevel).
- *die Voraussetzungen für die Einführung einer leistungsbezogenen Zeiterfassung zu prüfen, um zukünftig bei allen Aufgabenbereichen die jährlichen Kosten darlegen zu können.*

Stellungnahme:

Das Projekt für die Analyse der staatlichen Aufgaben und Dienstleistungen ist aktuell im Gange. Es ist verknüpft mit dem Projekt zur Erhebung des Outsourcing-Potenzials (siehe Stellungnahme zum Postulat «Potential Outsourcing – wie viel muss die städtische Verwaltung selbst erledigen?»). Die Prüfung pro Aufgabenbereich, ob eine Reduktion des Servicelevels oder gar ein Verzicht von Leistungen möglich wäre, stellt sich als sehr herausfordernd dar, weshalb gemäss aktuellem Projektstand die Analyse zusätzliche Zeit beanspruchen wird. Zudem wird eine aufgabenspezifische Kostenrechnung erarbeitet. Dies

bringt unter anderem die Komplexität mit sich, die vorgelagerten Leistungen in öffentliche Leistungen umzuschlüsseln.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

14 Ein Swiss LGBTI-Label für die Stadt St.Gallen

erheblich erklärt am 28. Februar 2023; Fälligkeit 28. Februar 2025

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob die Stadt St.Gallen als Arbeitgeberin das Swiss LGBTI-Label 2023 erwerben will.

Stellungnahme:

Das Postulat «Ein Swiss LGBTI-Label für die Stadt St.Gallen» wurde vom Stadtrat am 23. April 2025 verabschiedet und dem Stadtparlament zuhanden der Sitzung vom 27. Mai 2025 zugeleitet.

15 Bericht Extremismus in der Stadt

erheblich erklärt am 22. August 2023; Fälligkeit 22. August 2025

Der Stadtrat wird gebeten, einen Bericht vorzulegen, wo und wie Radikalisierung und Extremismus jeglicher Art in der Stadt St.Gallen stattfindet und wie auf das Stattfinden von solchen Tendenzen sensibilisiert werden kann. Dabei soll auch aufgezeigt werden, wo gesellschaftliche Ursachen für die Entwicklung solcher Szenen und Gruppierungen liegen, wie diese verhindert werden können und wie Wege zur Deradikalisierung aussehen. Zusätzlich bitten wir den Stadtrat zu berichten, inwiefern die Stadt auf extremistische und radikale Strömungen aufmerksam wird und ob und welche Möglichkeiten sie sieht, rasch auf solche zu reagieren.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.

16 Berücksichtigung von soziokulturellen Anliegen in der Liegenschaftenstrategie: Schaffung eines Fonds zur Subventionierung von Liegenschaften und Räumen

erheblich erklärt am 22. August 2023; Fälligkeit 22. August 2025

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten, ob künftig Nutzungen von gesellschaftlichem und kulturellem Interesse in den städtischen Liegenschaften über Überführung ins Verwaltungsvermögen oder über eine Querfinanzierung des Finanzvermögens über andere Kostenstellen erfolgen soll. Sowohl für Betroffene wie auch die Politik und Verwaltung soll aufgezeigt werden, wie die Änderungen in der Praxis mit den neuen Vorgaben der RMSG aussehen, wie solche Nutzungen periodisch überprüft werden und Liegenschaften, bzw. einzelne Räume trotzdem auf dem Markt handelbar bleiben könnten und die Aufwände gegenüber Kanton sichtbar gemacht werden.

Der Bericht und allfällige Massnahmen sollen ermöglichen, die Liegenschaftenstrategie ganzheitlicher zu gestalten und das Liegenschaftenportfolio zu diversifizieren, um unterscheiden zu können, wo sich die Bewirtschaftung der Objekte am Markt messen soll und wo sie vermehrt nach gesellschaftlichen und kulturellen Ansprüchen gestaltet werden kann.

Stellungnahme:

Aufgrund eines internen Personalwechsels sowie den vielen aktuell laufenden Arbeiten in der federführenden Dienststelle musste dieses Thema letztes Jahr zurückgestellt werden. In der Zwischenzeit wurde das Projekt gestartet und es werden aktuell die für eine Beantwortung notwendigen Grundlagen erarbeitet.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

17 Energiekonzept 2050 – Investiertes Geld zugunsten CO₂-Einsparungen

erheblich erklärt am 31. Oktober 2023; Fälligkeit 31. Oktober 2025

Der Stadtrat wird gebeten, darüber Bericht zu erstatten, was für Möglichkeiten er sieht, die ökonomische und ökologische Gewichtung im Zusammenhang mit dem Energiekonzept 2050, aufzuzeigen.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.

18 Freie Wahl des Wärmeprodukts für Mietende in städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen

erheblich erklärt am 31. Oktober 2023; Fälligkeit 31. Oktober 2025

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen es den Mietenden ermöglicht werden kann, dass sie in Zukunft — analog Strom — ihr Wärmeprodukt (Fernwärme oder Gas) selbst wählen können. Es ist auch aufzuzeigen, ob und unter welchen Bedingungen eine solche Lösung für städtische Liegenschaften auch privaten Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer bzw. Hausverwaltungen angeboten werden können.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.

19 Wohin der Drähte - VBSG-Strategie

erheblich erklärt am 16. Januar 2024; Fälligkeit 16. Januar 2026

«Der Stadtrat wird beauftragt, ein umfassendes Konzept für den Öffentlichen Verkehr ausgehend von den bestehenden Erlassen (Reglement für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung inkl. Nachtrag «Zukunfts-Initiative», SRS 711.3) sowie den Strategien und Konzepten auf

den Stufen Bund, Kanton, Agglomeration und Stadt zu erarbeiten. Darauf aufbauend sollen die anzustrebenden kommunalen Ziele bezüglich einer Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs auf Stadtgebiet und die dafür notwendigen Massnahmen aufgezeigt werden. Ausserdem ist darzulegen, ob eine Anpassung der Rechtsform für die VBSG zielführend sein könnte.»

Stellungnahme:

Das Mobilitätskonzept 2050 gibt die übergeordneten Vorgaben für das ÖV-Konzept 2050 vor. Das Mobilitätskonzept 2050 soll im ersten Quartal 2026 verabschiedet werden. Darauf aufbauend kann das ÖV-Konzept 2050 fertiggestellt und das Postulat beantwortet werden. Das vorliegende Postulat wird inhaltlich und zeitlich abgestimmt mit dem Postulat «Kooperationsoffensive, Kundenfokus ÖV» beantwortet. Beide Postulate werden dem Stadtparlament Anfang 2027 zur Behandlung vorgelegt.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

20 Einführung eines Meldetools gegen sexuelle Belästigung und Diskriminierung
erheblich erklärt am 29. Oktober 2024; Fälligkeit 29. Oktober 2026

«Wir bitten den Stadtrat, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie ein Meldetool, in dem Vorfälle sexueller Belästigung wie auch andere Diskriminierungen, insbesondere sexistische, queerfeindliche und rassistische Vorfälle, nach Zürcher Vorbild in der Stadt St.Gallen eingeführt werden kann. Dabei ist aufzuzeigen, welche personellen, finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen für die Einführung des Meldetools sowie die dazugehörigen intensivierte Massnahmen zur Sensibilisierung, Prävention und Intervention zu schaffen sind.»

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.

21 Förderung der Medienkompetenz als Schlüssel zur Orientierung im digitalen Zeitalter
erheblich erklärt am 25. Februar 2025; Fälligkeit 25. Februar 2027

«Der Stadtrat wird gebeten, über folgende Aspekte Bericht zu erstatten: Aktueller Stand der Medienkompetenz, Wirksamkeit des Spiral-Curriculums, Nutzung der Bibliotheken zur Förderung der Medienkompetenz, Unterstützung der Lehrpersonen, Bibliothek als Ort der Inspiration.»

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:
Manfred Linke